

BILD hetzt, wenn Bystron seinen ROT-Stift wetzt!



Von JOHANNES DANIELS | 2:0 für den deutschen Steuerzahler im bisher aussichtslosen Kampf gegen illegale Reisekostenverschwendung von nimmersatten Abgeordneten: Mit einem Doppeltreffer vermasselte Petr Bystron, AfD, den reisefreudigen SED-Nachfolgern die LINKE Tour ins Shopping-Eldorado New York City und ins Königreich Dänemark.

No „Breakfast at Tiffany's“ für Sevim – Dagdelen „klagt“ dagegen in der BILD

Als Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuss steht Petr Bystron die Aufgabe zu, die Reiseanträge der Ausschussmitglieder im Lichte von etwaigen Steuerverschleuderungen gewissenhaft zu prüfen. Die LINKE nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen wollte schon immer nach New York – insbesondere wenn die UN-Vereinten Nationen zum „Global Compact for Migration-Shopping“ rufen.

Bei ihren vielversprechenden „Konsultationen“ warte die UN-Vollversammlung“ gemäß Dagdelens Reiseantrag ganz speziell auf die Bochumer „Nicht-Integrationsexpertin“, die auch gepflegte Kontakte zur kommunistisch-kurdischen Terrororganisation PKK unterhält und diese gerne verbotenerweise im Deutschen Bundestag farbenprächtig propagiert. Gerne wollte sie sich mit oder ohne YPG-Kriegsfahnen „in der wichtigen Schlussphase zum globalen Migrationspakt mit einbringen“, wie Dagdelen an den präsidentalen „Degenerationsexperten“ Dr. Wolfgang Schäuble

schrieb.

Pakt schlägt sich, Pakt verträgt sich

Bei einem globalen Pakt für „Re-Migration“ hätte Petr Bystron wohl gewissenhaft ein Auge zum Wohle des Steuerzahlers zugeedrückt – allerdings war der Auswärtige Ausschuss des Bundestags die sachlich falsche Antragsstelle für Dagdelens Downtown-Diensttrip. Bystron verwies den Antrag zur Einzeldienstreise ordnungsgemäß an den zuständigen Ausschuss. Besagter „Migrationspakt“ werde vollumfänglich vom „Ausschuss für EU-Angelegenheiten“ behandelt – „insofern sollte die Abgeordnete die Reise dort beantragen oder sie aus Fraktionsmitteln bestreiten“, so Bystron, der in dem Amüsement-Ausflug zum East-River keinen rechten Nutzen für den Auswärtigen Ausschuss erkennen konnte.

BILD kolportiert unsachgemäß: „AfD blockierte Dienstreisen“

Das Lamento der Lücken-Journaille ließ nicht lange auf sich warten, denn die LINKEN haben bei Friede Springer gepetzt. Die Merckelsystem-submissive BILD beklagte am Freitag in großer Aufmachung: „AfD blockierte Dienstreisen – Peinliche Racheaktion“:

„Auffällig: Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, Petr Bystron, hat in den letzten Wochen mehrere Dienstreise-Anträge anderer Bundestagsabgeordneter beanstandet. In zwei Fällen kam es zu Blockaden der Kostenübernahme durch den Auswärtigen Ausschuss, wodurch die Abgeordneten auf alternative Finanzierungsmöglichkeiten zurückgreifen mussten. BILD liegen die betreffenden Dienstreise-Anträge und Ablehnungs-E-Mails aus Bystrons Büro vor“.

NACH ABLEHNUNG VON GEPLANTER SYRIEN- UND KRIMREISE

AfD blockierte Dienstreisen im Bundestag

Ausschussmitglied zu BILD: „Peinliche Racheaktion“ ++ AfD-Obmann Bystron:
„Lächerliche Unterstellung“



Antrag auf Einzeldienstreise

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung möchte ich gern vom
28. Mai bis 30. Mai 2018 zu Gesprächen nach Kopenhagen reisen
und bitte Sie um Ihre Genehmigung für eine Einzeldienstreise.

Beiliegend erhalten Sie das Einladungsschreiben und das
Programm in Kopie.

Besten Dank und
mit freundlichen Grüßen

Stefan Liebich

Peter Bystron (L) lehnte den Dienstreiseantrag von Stefan Liebich ab

Foto: AFP, Bild: AFP / ZUMA PRESS

Springer-Presse und Huff-Post lamentierten – Taschentuch bitte:

„Zudem verzögerte AfD-Obmann Bystron Mitte Mai einen Dienstreiseantrag des Ausschussmitglieds Bijan Djir-Sarai (FDP) mittels einer geschickt formulierten E-Mail.

Ein Mitarbeiter Bystrons ließ wissen: „Herr Bystron stimmt den Reiseanträgen der Kollegen zu. Allerdings hat er eine Nachfrage an den Kollegen Djir-Sarai gestellt. Dieser Antrag ist folglich noch nicht genehmigt“,

so die BILD mit Tiefgang. In der Auflage.

Laut BILD, das ein „Auswärtiges Ausschussmitglied“ zitiert, handele es sich bei der „Verzögerung“ um eine „Revanche für eine nicht genehmigte Syrien- und Krimreise“ des AfD-Ausschussmitglieds Waldemar Herdt. Der Bundestag fördere eigentlich grundsätzlich keine „Reisen in völkerrechtlich von der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannte Gebiete“ sowie

in Länder „für die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes bestehen“, kolportiert BILD.

Dementsprechend dürften die reiselustigen Polit-Globetrotter aus dem Bundestag in kaum mehr eine Shithole-Steuergehd-Destinatär-Destination außerhalb Europas jetten können. Für das „Dämonenreich“ Trumps, die USA, bestehen zumindest erhebliche moralische Sicherheitsbedenken der politisch korrekten Lenkungkaste. Aber auch für Deutschland gibt es seit „2015“ ernsthafte Reise- und Sicherheitswarnungen aus dem Ausland, z.B. der VR China. Bleibt nur noch der Iran für die rot-grünen Up-&Away-geordneten mit ihrem Miles-and-More-Senator-Class-Status. Guten Flug mit Raff-Zahn-Dschanis „Mahan Air“ and never come back ...

Spesen-Opfer*In Sevim Dagdelen kritisierte die Vorgehensweise Bystrons: „Hier wurde der Versuch der AfD unternommen, die Arbeit der Ausschussmitglieder zu sabotieren und die internationale Zusammenarbeit unter dem Dach der UNO zu verhindern.“

Auch die mittlerweile linkslastige „Huffington-Post“ stößt in das klägliche Klagehorn: „Der Fall zeigt allerdings, mit welchen Mitteln die AfD den parlamentarischen Alltag im Bundestag beeinflussen kann“. Über dem Hetzartikel gegen Petr Bystron steht in gendergerechtem „Easy-Deutsch“:

„Die AfD ist jedes Mittel recht.“



Rosa-Rot zur „Red-Green-Alliance“ nach Kopenhagen

Aber auch ein weiteres verhindertes „Taxtourism-Victim“ klagt an: Stefan Liebich, „einer der Betroffenen“, sah am Freitag „Rot“: „Wenn man nicht akzeptiert, dass zur internationalen Arbeit auch Auslandsreisen gehören und diese blockiert, dann gehört man vielleicht in die AfD, aber nicht in den Auswärtigen Ausschuss.“

Der linksdrehende Lustreise-Liebich wollte auf Einladung der so genannten „Rosa Luxemburg- Stiftung“ von Berlin nach Kopenhagen fliegen – Distanz 435 km. Erster Klasse aus der Steuerkasse zu einem sicherlich konstruktiven „Meinungsaustausch“ mit Mitgliedern der „Red-Green-Alliance“ und unter anderem Niels Rohleder, der bei der linken „Enhedslistens Folketingsgruppe Christiansborg“ für die – wie kann es anders sein: „migrationspolitisk“ zuständig ist. Skull!

Die Stasi? „Lieb-ich“!

Auf seiner Homepage „stefan-liebich.de / Meine Biographie“ kokettiert Altmarxist Liebich gerne mit seiner „zukünftigen Stasi-Vergangenheit“ (!) :

„Als mich im Alter von 13 Jahren das Ministerium für Staatssicherheit fragte, ob ich bereit wäre, später dort hauptamtlich zu arbeiten, sagte ich nicht nein!“.

Wie seine Bundestags-Kollegin Angela Merkel war auch er bei den Jungen Pionieren und der FDJ aktiv. Später gründete er den Marxistischen Jugendverband „Junge Linke“ mit. An seinem 18. Geburtstag (1990) trat er der P.D.S. bei, der offiziellen Mauerschützen-Nachfolgepartei. Hart erarbeitetes „Kapitalisten-Steuergeld“ zur Luxusreisen-Finanzierung verschmäht auch der Berliner Erz-Marxist keineswegs!

Beim „Steuerbetrugsversuch Liebich“ punktete AA-Obmann Petr Bystron ebenfalls zugunsten der deutschen Zwangssteuerpflichtigen und setzte – im wahrsten Sinne des Wortes – den Reise-ROT-Stift an:

„Wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Abgeordneten einlädt, hat sie dazu bereits aus dem Bundeshaushalt Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommen. Eine Finanzierung über den Auswärtigen Ausschuss wäre eine nicht zulässige Doppelausgabe!“

Ganz einfach, Punkt.

Ex-Stasi-Hoffnung sieht „rot“ – und rote Karte bei Betrugsversuch

Darüber hinaus stellte Petr Bystron eine erhebliche Überschneidung von Parteiarbeit und der Arbeit des Abgeordneten fest, finanziert aus Steuergeldern: Illegale Parteienfinanzierung durch den Bundestag:

„In dem beigefügten Schreiben zwischen der Projektmanagerin

(sic !) der Stiftung und dem Abgeordneten wird in sehr freundschaftlichen Ton davon gesprochen, mit Parteien und Wählervereinigungen in Kontakt zu kommen. Das wird als reine Parteiarbeit und nicht als Arbeit des Auswärtigen Ausschusses gedeutet. Nach unserer Auffassung werden hier Steuermittel des Auswärtigen Ausschusses bzw. des Bundestages für Parteiarbeit missbraucht.“

Bystrons „Rot-Stift“: Rosa-Luxemburg-Stiftung muss jetzt „stiften“ (gehen)!

Die dunkelrosarote „Rosa Luxemburg- Stiftung“ ist natürlich keine Stiftung im juristischen Sinne, sondern ein stinknormaler „e.V.“, so wie jeder Friedens-Taubenzüchter-Verein und einige weitere „Parteistiftungen“. Sie finanziert sich aus „Spenden, Mitgliedsbeiträgen und insbesondere aus staatlichen Zuschüssen“ – und dies nicht zu knapp! Insgesamt kommt die spätstalinistische „Stiftung“ auf exakt 60 Millionen Euro Steuer-Zuschüsse pro Jahr (!!) sowie 20 Mio. Euro „gesonderte Baumittel“ für ihren neuen „Palast des Volkes“ an der poshen Berliner East-Side-Gallery. Diese Mittel-Verwendung / Verschwendung ist allerdings höchst dubios:

Der Neubau mit rund 6.000 Quadratmeter Geschossfläche (!!) entsteht auf einem 2,8 Millionen Euro teuren Grundstück in Berlin-Friedrichshain. Die Grundstücke der Projektentwicklungsfirma gehören allerdings nicht der „Stiftung“, sondern zum Vermögen des ehemaligen Hauptmanns des MfS, Matthias Schindler („Schindlers rote Denunziations-Liste“). Die rosa RL-„Stiftung“ verweigert derzeit alle Auskünfte darüber, warum sie die größte Investition ihrer Geschichte mit einem ehemaligen Offizier der menschenmordenden DDR-Stasi verwirklicht. Bodo Ramelow, derzeit noch angeschlagener Ministerpräsident von Thüringen, war im Vorstand der (un)sinnstiftenden Siff-Stiftung für den Neubau zuständig. Wie kann es anders sein.

Mit vollen Hosen ist gut reisen!

Für 60 Millionen Euro Staatszuschuss jährlich residieren „Regional- und Verbindungsbüros“ der „Stiftung“ im EU-Brüssel, New York City, Johannesburg, Dakar / Senegal, Dar-Es-Salaam / Tansania, Hanoi und Ho-Ho-Chi-Minh-City, Moskau, Peking, Warschau, Neu Delhi, Athen und Belgrad. In São Paulo, in Quito sowie in Mexiko-City unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung Regionalbüros, um die „Aktivitäten“ in Lateinamerika zu koordinieren. Im Nahen Osten ist die RLS mit zwei Büros in Tel Aviv und selbstverständlich in Ram'allah (Palästinenser-Gebiet) auf Steuerkosten präsent. Teheran, Pjöngjang, Caracas, Havanna und Ouagadougou sind geplant. Und die linken LINKEN konnten bislang zu allen „Projekt-Events“ der Niederlassungen unbehelligt jetsetten – und sicherlich nicht in der Schweineklasse!

Die gegenseitige Finanzierungsblockade der Dienstreisen im Ausschuss eskaliert derzeit noch weiter. Die geplante Reise des Ausschussmitglieds Armin-Paulus Hampel, AfD, in die USA, auf der er auch „Mitglieder der Trump-Regierung“ – der immerhin demokratisch gewählten Führung des langfristig wichtigsten deutschen Handelspartners – treffen wollte, wird von mindestens einem Ausschuss-Obmann ohne sachliche Gründe abgelehnt.

Der „Steuernagel“ für deutschen „Linkstourismus“

Petr Bystron wird weiterhin gewissen-haft versuchte Betrugsfälle zu Lasten der Allgemeinheit aufklären und öffentlich festnageln – nach Art 38 Absatz 1 Satz GG sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „nur ihrem Gewissen unterworfen“. Ihm zu Hilfe kommt die Reisekostenantragsstelle des Bundestagspräsidenten – die zuständige Dame heißt .. „Frau Steuernagel“.